

4.4 Stadtgesellschaft und Soziales

Folgende Ziele und Maßnahmen wurden im Beteiligungsprozess herausgearbeitet:

Oberziele:

1. Förderung einer aktiven Stadtgesellschaft und Bürgerkultur
2. Berücksichtigung der Auswirkungen der wirtschaftlichen Prosperität auf die soziale Stabilität der Stadtgesellschaft
3. Umsetzung der Inklusion in den Bereichen Soziales und Bildung

Teilziele:

1. Förderung einer aktiven Stadtgesellschaft und Bürgerkultur
 - 1.1 Förderung von bürgerschaftlichem Engagement
 - 1.2 Organisation und Förderung von sozialer Arbeit auf Stadtteil- und Nachbarschaftsebene
 - 1.3 Ausbau partizipativer Prozesse in der politischen Meinungsbildung
2. Berücksichtigung der Auswirkungen der wirtschaftlichen Prosperität auf die soziale Stabilität der Stadtgesellschaft
 - 2.1 Erhalt und Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge
 - 2.2 Bereitstellung von günstigem Wohnraum in zeitgemäßer Qualität
 - 2.3 Anpassung der öffentlichen Infrastruktur an veränderte Rahmenbedingungen infolge des demographischen Wandels
3. Umsetzung der Inklusion in den Bereichen Soziales und Bildung
 - 3.1 Umsetzung der rechtlichen und politischen Vorgaben

3.2 Abbau von Barrieren, vor allem barrierefreie Modernisierung

3.3 Förderung und Ausbau interkultureller und interreligiöser Angebote in
Rosenheim

Maßnahmen:

1.1 Förderung von bürgerschaftlichem Engagement:

- Gesamtkonzept Soziale Stadt weiterführen als Koordinierungsstelle für Freiwilligenagenturen, Bürgerhäuser, Begleitausschüsse, Bürgerfonds und Bürgerstiftungen
- Unterstützung und Förderung der Bürgerstiftung Rosenheim
- Zukunft der Bürgerbeteiligung durch eine Weiterentwicklung zeitgemäßer Beteiligungsformen sichern
- Nutzung aller vorhandenen Vereinsstrukturen und Darstellung als Vereinsdatenbank auf der Homepage der Stadt
- Aufbau einer koordinierenden Stelle als Ansprechpartner und themenübergreifender Multiplikator

1.2 Organisation und Förderung von sozialer Arbeit auf Stadtteil- und Nachbarschaftsebene:

- Erhalt und Sicherung des Förderprogramms „Soziale Stadt“ bzw. Folgeprogramme und deren Mittelbündelung
- Weiterentwicklung des Konzepts „Soziale Stadt“ als gesamtstädtischer Politikansatz
- Unterhalt und Finanzierung der Bürgerzentren und -treffs in den Soziale-Stadt-Gebieten Rosenheims als offene Räume für Frauen, Jugendliche und Senioren
- Bildungsangebote und soziokulturelle Einrichtungen auf Stadtteilebene erhalten
- Gezielte Stärkung besonders strukturschwacher Stadtteile, z. B. durch Anreicherung monofunktionaler Quartiere mit neuen Bildungseinrichtungen und Wohnformen
- Vielfältige Kommunikationsmöglichkeiten im öffentlichen Raum anbieten, um eine soziale Vernetzung zu ermöglichen
- Stärkung der Orts- und Stadtteilzentren als Identifikationspunkte der Stadtteile
- Stärkung und Ausbau der lokalen sozialraumorientierten Jugendhilfe

1.3 Ausbau partizipativer Prozesse in der politischen Meinungsbildung:

- Stärkung des Bürgerengagements durch Förderung von privaten Initiativen
- Förderung und Koordination von „Mitmachinstitutionen“ wie Freiwilligenagenturen, Stadtteilvereinen, Stadtteilversammlungen und Spielplatzpaten
- Frühzeitige und breite Beteiligung von Bürgern und Verbänden in der Stadtentwicklung
- Bessere Nutzung der Kompetenz und der Erfahrungen der Bürger als Stadtteilexperten
- Bildung von Arbeitskreisen für längerfristige Themen

2.1 Erhalt und Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge:

- Erweiterung des kulturellen Angebots und der Weiter- und Fortbildungsmöglichkeiten
- Fortführung der Sanierung des städtischen Klinikums
- Aufbau eines regionalen Klinikverbunds zur optimalen Versorgung der Bevölkerung und zum Ausbau der Spezialisierung in Fachsparten
- Einführung einer Family-Card oder eines Kulturpasses, um finanzschwachen Mitbürgern den Zugang zu Kultur und Bildung zu ermöglichen
- Förderung niederschwelliger Bildungs- und Kultureinrichtungen in den Stadtteilen

2.2 Bereitstellung von günstigem Wohnraum in zeitgemäßer Qualität:

- Stärkere Durchmischung der Wohngebiete mit gefördertem Wohnungsbau, um die Mischung der Stadtgesellschaft zu fördern und soziale Monostrukturen zu vermeiden
- Soziale Monostrukturen und Brennpunkte durch Ansiedlung von neuen Wohnmodellen auflösen
- Förderung der Familienfreundlichkeit durch die Bereitstellung von günstigem kinderfreundlichen Wohnraum mit guter Anbindung
- Schaffung von erschwinglichem barrierefreien Wohnraum für Senioren
- Förderung neuer Wohnformen im Alter (integriertes Wohnen, Alters-Wohngemeinschaften, Mehrgenerationenwohnen) in zentraler Lage, zur Förderung von Integration und Teilhabe für Menschen mit Bewegungseinschränkungen
- Berücksichtigung seniorengerechter Ausstattungselemente bei der Planung neuen Wohnraums, z. B. ausreichende Belichtung, großformatige Bedienelemente und Notrufanlagen
- Flexible Grundrisse im Bezug auf unterschiedliche Lebensphasen

2.3 Anpassung der öffentlichen Infrastruktur an veränderte Rahmenbedingungen infolge des demographischen Wandels:

- Entwicklung eines bedarfsgerechten Wohnumfelds / Anpassung des Wohnumfelds an veränderte Ansprüche im Alter

- Anpassung und Modernisierung von Wohnraum an die Bedürfnisse von Senioren
- Ausbau und Koordinierung der Pflege- und Betreuungsangebote für ältere Mitbürger
- Verstetigung des Kompetenzzentrums Demenz zur Unterstützung, Beratung und Entlastung von Betroffenen und Angehörigen, Koordination von Betreuungsangeboten und Organisation kostengünstiger Bring- und Holddienste
- Initiative und Förderung von neuen öffentlich-privaten Partnerschaften im Bereich der Pflege
- Unterstützung/ Schaffung eines kinderfreundlichen Umfelds
- Einführung einer Stelle „Kinderbeauftragte(r)“ prüfen
- Studenteninitiative „Aktion Generation“ zur Unterstützung und Kommunikation von sozialen und karitativen Projekten begleiten
- Finanzielle und organisatorische Stärkung des Stadtjugendrings und Anpassung an zukünftige Herausforderungen
- Anpassung des Tourismussektors an neue Anforderungen, z. B. die Platzbedarfe von Rollstühlen und Rollatoren in Bussen und Hotels

3.1 Umsetzung der rechtlichen und politischen Vorgaben:

- Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung als gesamtstädtische Aufgabe mit hoher Priorität
- Verbindliche Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Schulbereich zum Schuljahr 2011/12. Aufgabe aller Schulen in Rosenheim ist danach eine inklusive Schulentwicklung und ein inklusiver Unterricht
- Barrierefreier Ausbau im ersten Schritt einer Schule je Schulart

3.2 Abbau von Barrieren, vor allem barrierefreie Modernisierung:

- barrierefreie Modernisierung, auch über ÖPP-Projekte (Öffentlich- private Partnerschaften)
- Stärkere Berücksichtigung der Barrierefreiheit durch Architekten und Stadtverwaltung

3.3 Förderung und Ausbau interkultureller und interreligiöser Angebote in Rosenheim:

- Integrationsarbeit als Zukunftssicherung verstehen
- Interkulturelle Angebote – vom Café bis zur frühkindlichen Betreuung – fördern und ausbauen
- Stärkere Einbindung der Elternhäuser in die schulische Erziehung, Überwindung der Sprachbarrieren, z. B. durch Einführung von mehrsprachigen Elternabenden und Elternbriefen (Deutsch-Türkischer–Elternabend)
- Einbindung und Vermittlung von kulturellen Vorstellungen in der Kindererziehung, z. B. Besuch von Mutter-Kind-Gruppen als Ort des Austausches und Unterstützung bei der Früherziehung
- Erstellung eines Gesamtkonzepts zur besseren Inklusion von Bürgern mit ausländischen Wurzeln
- Ein „Café International“ als Treffpunkt der Kulturen in der Rosenheimer Innenstadt realisieren, um die Themen Integration und Migration im Zentrum der Stadtgesellschaft zu verankern und die Bedeutung kultureller Vielfalt erlebbar zu machen
- Bessere Schulung und Sensibilisierung von Mitarbeitern der Stadtverwaltung hinsichtlich der sozialen und religiösen Belange unterschiedlicher Kulturen
- „Fest der Nationen“ als Ergänzung zum Sommerfest oder alternierend